

Wohnqualität in Ostdeutschland noch weit unter dem westdeutschen Niveau: Wohnen im vereinten Deutschland

Schröder, Helmut

Veröffentlichungsversion / Published Version

Zeitschriftenartikel / journal article

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:

GESIS - Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Schröder, H. (1994). Wohnqualität in Ostdeutschland noch weit unter dem westdeutschen Niveau: Wohnen im vereinten Deutschland. *Informationsdienst Soziale Indikatoren*, 11, 13-19. <https://doi.org/10.15464/isi.11.1994.13-19>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY Lizenz (Namensnennung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier:

<https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY Licence (Attribution). For more information see:

<https://creativecommons.org/licenses/by/4.0>

Wohnqualität in Ostdeutschland noch weit unter dem westdeutschen Niveau

- Wohnen im vereinten Deutschland -

Wohnen ist ein menschliches Grundbedürfnis und die Wohnung stellt den zentralen räumlichen Lebensmittelpunkt im wirtschaftlichen und sozialen Sinne dar. Die Wohnungsmärkte, die die Nachfrage der Bevölkerung nach Wohnraum befriedigen, waren in der ehemaligen BRD und DDR unterschiedlich strukturiert. In der ehemaligen DDR existierte kein Wohnungsmarkt im westlichen Sinne, sondern eine Politik der Wohnungsversorgung, die zentralstaatlich gesteuert wurde, wobei der Staat den Wohnungsbau und die Wohnungsmieten fast vollständig subventionierte. Seit der Vereinigung hat sich der Wohnungsmarkt in den fünf neuen Bundesländern rasant verändert. Bis heute resultiert aus dem Transformationsprozeß in den neuen Bundesländern allerdings noch keine Angleichung an westdeutsche Wohnverhältnisse. Der vorliegende Beitrag untersucht die Unterschiede in den objektiven Wohnbedingungen und der subjektiv wahrgenommenen Wohnqualität zwischen den alten und neuen Bundesländern und nimmt damit eine Bestandsaufnahme der Wohnsituation im vereinten Deutschland vor.

Die Unterschiede in der Versorgung mit Wohnraum und anderen objektiven Wohnbedingungen, die zwischen den alten und neuen Bundesländern bestehen, können an verschiedenen Indikatoren abgelesen werden. Die Wohnfläche, die jedem Haushaltsmitglied in den neuen Bundesländern zur Verfügung steht, weist auf eine - im Vergleich zu den alten Bundesländern - relative Unterversorgung hin. Westdeutsche haben im Durchschnitt 40 Quadratmeter pro Person zur Verfügung. Dies entspricht einer Wohnfläche, die um ein Viertel größer ist als die der Ostdeutschen von knapp 30 Quadratmetern (Tabelle 1). Diese Differenz bleibt

auch dann gravierend, wenn die Haushaltsgröße berücksichtigt wird. Einpersonenhaushalte verfügen erwartungsgemäß mit Abstand über die größte Wohnfläche, die bei 62 qm in den alten Bundesländern und bei 51 qm pro Person in den neuen Bundesländern liegt. Mit zunehmender Anzahl der Haushaltsmitglieder sinkt die Wohnfläche, die jeder einzelnen Person bleibt. Trotz der Tatsache, daß Einpersonenhaushalte in Westdeutschland häufiger vorkommen als in den neuen Bundesländern, läßt sich die unterschiedliche Wohnraumversorgung im innerdeutschen Vergleich damit nicht erklären. Die Zahl der Wohnräume stellt einen weite-

ren wichtigen quantitativen Indikator der Wohnraumversorgung dar. Der festgeschriebene Standard von mindestens „einem Wohnraum pro Person“ trägt der Forderung nach Privatsphäre, persönlichen Rückzugs- und Entfaltungsmöglichkeiten eines jeden Haushaltsmitglieds Rechnung. Diese Forderung wird im Durchschnitt sowohl im alten als auch im neuen Bundesgebiet erfüllt. Bei der Wohnraumversorgung pro Person zeigt sich, daß den Ostdeutschen mit 1,3 Räumen pro Person im Durchschnitt 20 Prozent weniger Wohnraum zur Verfügung steht als den Westdeutschen mit 1,6 Wohnräumen pro Person. Seit der Vereinigung sind hierbei keine Veränderungen zu verzeichnen. Die verstärkten baulichen Tätigkeiten in den fünf neuen Bundesländern werden sich vermutlich erst in einigen Jahren positiv auf die dortige Wohnraumversorgung auswirken.

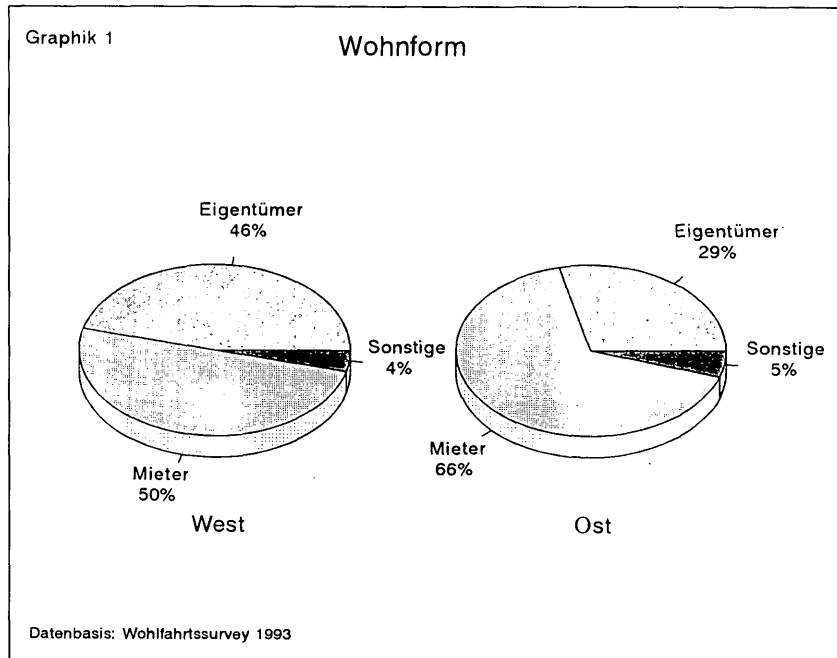
Weniger ostdeutsche Eigentümer

Veränderungen zeichnen sich dagegen schon heute bei der Wohnform ab. Privates Wohneigentum wurde in der ehemaligen DDR zunehmend zurückgedrängt und in Volkseigentum umgewandelt. Knapp 20 Prozent der Ostdeutschen waren 1990 Eigentümer. Durch Rückübertragungen von Grundstücks- und Wohnungseigentum oder Neuerwerb hat sich dieser Anteil bis zum Jahr 1993 auf nahezu 30 Prozent erhöht (Graphik 1). In den alten Bundesländern wohnt dagegen fast jeder Zweite im eigenen Haus oder in seiner Eigentumswohnung. Sowohl in den alten als auch in den neuen Bundesländern stellen Einfamilienhäuser die bevorzugte Form des Wohneigentums dar. Die Gruppe der Mieter ist im neuen Bundesgebiet mit 66 Prozent deutlich größer als in den alten Bundesländern: Nur jeder zweite Westdeutsche ist Mieter. Ungefähr jeder dritte Ost- und Westdeutsche wohnt als Mieter im eigenen Haus oder in seiner Eigentumswohnung. Sowohl in den alten als auch in den neuen Bundesländern stellen Einfamilienhäuser die bevorzugte Form des Wohneigentums dar. Die Gruppe der Mieter ist im neuen Bundesgebiet mit 66 Prozent deutlich größer als in den alten Bundesländern: Nur jeder zweite Westdeutsche ist Mieter. Ungefähr jeder dritte Ost- und Westdeutsche wohnt als Mieter in einem Mehrparteienhaus mit bis zu 9 Parteien. Gravierende Unterschiede bestehen dagegen bei den Mieteranteilen in 10 und mehr Parteienhäusern: Mit 29 Prozent der Ostdeutschen wohnt fast jeder Dritte in Mehrparteienhäusern dieser Größenordnung, gegenüber nur 12 Prozent der Westdeutschen. Hierin spiegelt sich ein Stück der Wohnungsbaupolitik der ehemaligen DDR wider, die Großwohnanlagen in Plattenbauweise gegenüber Sanierung und Modernisierung der Altbausubstanz favorisierte.

Tabelle 1: Objektive Wohnbedingungen in Ost- und Westdeutschland

	West	Ost
Wohnfläche pro Person (in qm)	40,5	29,7
Wohnräume* pro Person	1,6	1,3
	West	Ost
	in %	
Wohnungsausstattung		
Bad/Dusche	98	89
Toilette	99	85
Zentralheizung	90	55
Balkon/Terrasse	74	42
Haushalte mit Bad, WC und Zentralheizung (Standardausstattung)	89	52

* ohne Küche, Bad, Flur, Abstellräume und untervermietete Räume
Datenbasis: Wohlfahrtssurvey 1993



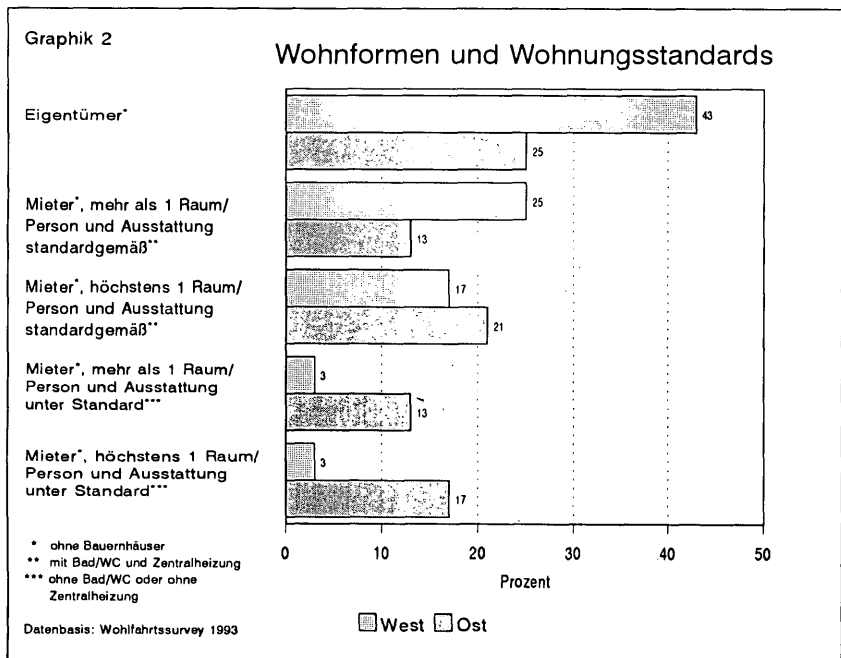
Deutlich niedrigere Qualitätsstandards der ostdeutschen Wohnungen

Die Qualität der Wohnungen unterscheidet sich in West- und Ostdeutschland ebenfalls erheblich. In den alten Bundesländern sind insgesamt nur marginale Anteile der Wohnungen nicht mit Bad/Dusche beziehungsweise einer Toilette ausgestattet (Tabelle 1). Im Gegensatz dazu verfügen in den neuen Bundesländern immerhin 11 Prozent der Haushalte nicht über Bad/Dusche und 15 Prozent nicht über eine Toilette in ihrer Wohnung. Ostdeutsche Wohnungen haben zwar seit 1990 bei diesen Ausstattungskriterien eine leichte qualitative Aufwertung erfahren, jedoch liegt dieses Niveau noch weit unter dem der westdeutschen Haushalte der siebziger Jahre. Mit weiteren Ausstattungsmerkmalen wie Zentralheizung oder Balkon/Terrasse sind die ostdeutschen Wohnungen ebenfalls weit geringer versorgt als westdeutsche Haushalte. Jeder zweite Haushalt heizt in den neuen Bundesländern mit einer Zentralheizung, in Westdeutschland dagegen 90 Prozent aller Haushalte. Fast drei Viertel der westdeutschen Wohnungen sind mit Balkonen oder Terrassen ausgestattet. Diese Ausstattungsmerkmale finden sich in nur 42 Prozent der ostdeutschen Haushalte. Mithilfe dieser einzelnen Kriterien kann eine standardgemäße Ausstattung definiert werden, die sowohl ein Bad/WC als

auch eine Zentralheizung voraussetzt. Diesem so bestimmten Standard entsprechen knapp 90 Prozent der westdeutschen Haushalte, in den neuen Bundesländern jedoch nur jede zweite Wohnung. Die regionalen Disparitäten zwischen Ost- und Westdeutschland zeigen, daß ostdeutsche Haushalte sowohl in Bezug auf die Wohnraumversorgung, als auch bezüglich der Wohnform und der Wohnausstattung einen deutlich geringeren Standard haben

als die westdeutschen Wohnungen. Unter der Voraussetzung, daß eine Angleichung der ostdeutschen Wohnverhältnisse an die der alten Bundesländer stattfinden soll, wird eine Vielzahl der ostdeutschen Haushalte von diesen Veränderungen profitieren können.

Bei einer kombinierten Betrachtung der einzelnen Wohnmerkmale können Gruppen in Ost- und Westdeutschland verglichen werden (Graphik 2). Einerseits wird zwischen Eigentümern und Mietern unterschieden, andererseits das Über beziehungsweise Unterschreiten gewisser Standards bei der Wohnraumversorgung und der Wohnausstattung dokumentiert. Haushalte in Bauernhäusern werden hierbei wegen ihrer spezifischen Problematik außer Acht gelassen. Deutlich wird, daß ostdeutsche Mieter in stärkerem Maße in Wohnungen mit einer höheren Belegungsdichte und einer Wohnausstattung unter Standard leben. Nur jeder zehnte Ostdeutsche wohnt als Mieter in einem Haushalt, der sowohl jeder Haushaltsperson mindestens einen Wohnraum zur Verfügung stellt, als auch eine standardgemäße Ausstattung hat. In diesen besseren Mietverhältnissen leben immerhin rund ein Viertel der Westdeutschen. Der Anteil der ostdeutschen Mieter in Wohnungen unterhalb dieses hohen Standards ist größer als der der westdeutschen Mieter. 16 Prozent der Ostdeutschen leben unter schlechten Wohnbe-



dingungen, das heißt in einer beengten Wohnung mit einer Ausstattung unter Standard. Im Vergleich zu den alten Bundesländern zeigt sich, daß große Anstrengungen erforderlich sind, um die Ausstattungsdefizite sowie die beengten Wohnverhältnisse zu beheben. Dies macht den enormen Aufholbedarf der fünf neuen Bundesländer offenkundig. Die ostdeutschen Wohnungen im Jahre 1993 haben eine schlechtere Ausstattung und stellen den Haushaltsmitgliedern weniger Wohnraum zur Verfügung als dies für westdeutsche Wohnungen Mitte der 70'er Jahre der Fall war. Dies gibt einen Hinweis darauf, wie lange der Prozeß einer Angleichung an die relativ guten westdeutschen Wohnverhältnisse dauern wird, auch wenn seit 1990 in den neuen Bundesländern eine leichte Verbesserung der Wohnsituation deutlich wird.

Deutlich geringere Wohnzufriedenheit ostdeutscher Mieter

Eine andere Frage ist, wie die faktischen Wohnverhältnisse von der Bevölkerung

subjektiv wahrgenommen und bewertet werden. Dabei kann die subjektiv wahrgenommene Wohnqualität als Diskrepanz zwischen objektiven Wohnbedingungen und den Wohnansprüchen der Bürger verstanden werden. Auf der von 0 (ganz und gar unzufrieden) bis 10 (ganz und gar zufrieden) reichenden Skala bewerten die Westdeutschen im Durchschnitt ihre Wohnverhältnisse mit 8,2. Die ostdeutsche Wohnzufriedenheit liegt dagegen mit 6,9 deutlich niedriger (Tabelle 2). Diese Differenz wird durch den Anteil von 13 Prozent der Ostdeutschen gegenüber nur 5 Prozent der Westdeutschen, die mit ihrer Wohnung eher unzufrieden sind, verdeutlicht. Im Vergleich mit der Bewertung anderer Lebensbereiche fällt die Zufriedenheitsdifferenz bei der Wohnzufriedenheit mit 1,3 zwischen alten und neuen Bundesländern auf der 11-stufigen Skala sehr deutlich aus. Im Westen stagniert die Wohnzufriedenheit seit 1988, im Osten dagegen ist im Vergleich zu 1990 eine leichte Steigerung bei der Bewertung der Wohnung festzustellen. Dies könnte möglicherweise aus den einschnei-

denden Veränderungen der Eigentumsverhältnisse oder der leichten Verbesserungen der Ausstattungsmerkmale in den fünf neuen Bundesländern resultieren. Bei einem Vergleich der Zufriedenheitsunterschiede zwischen Eigentümern und Mietern wird deutlich, daß Eigenheimbewohner ihre Wohnung positiver beurteilen. Hierbei nähert sich der Anteil an zufriedenen ostdeutschen Eigentümern dem der westdeutschen Eigentümer an. Nur ein verschwindend geringer Teil von 2 Prozent der deutschen Eigentümer in Ost- und Westdeutschland sind mit ihrer Wohnsituation eher unzufrieden. Ganz anders stellt sich die Wohnzufriedenheit bei der Gruppe der Mieter in beiden Teilen Deutschlands dar. Ostdeutsche Mieter, immerhin zwei Drittel der Ostdeutschen, haben eine deutlich geringere Wohnzufriedenheit als westdeutsche Mieter. Dabei unterscheidet sich die Zufriedenheit mit der Wohnung zwischen ost- und westdeutschen Mietern merklicher als dies bei dem Vergleich der beiden Eigentümergruppen beobachtet wurde. Immerhin 16 Prozent der ostdeutschen

Tabelle 2: Zufriedenheit* mit der Wohnung nach objektiven Wohnbedingungen in Ost- und Westdeutschland

	West			Ost		
	eher zufr.	eher unzufr.	durchschnittliche Zufriedenheit	eher zufr.	eher unzufr.	durchschnittliche Zufriedenheit
	in %			in %		
Insgesamt	87	5	8,2	72	13	6,9
Wohnform						
Eigentümer**	96	2	8,9	91	(2)	8,3
Mieter**	81	7	7,6	67	16	6,4
Sonstiges***	88	10	8,1	56	19	6,6
Wohnausstattung						
- mit Bad, WC und Zentralheizung (standardgemäß)	90	4	8,3	83	8	7,5
- unter diesem Standard	67	17	6,8	62	17	6,2
Wohnraumversorgung						
bis unter 1 Wohnraum pro Person	70	15	6,9	55	22	6,1
1 Wohnraum pro Person	83	7	7,7	70	15	6,7
über 1 bis unter 2 Wohnräume pro Person	90	4	8,4	81	9	7,3
2 bis unter 3 Wohnräume pro Person	92	2	8,6	77	9	7,3
3 und mehr Wohnräume pro Person	93	(2)	8,7	76	(9)	7,5

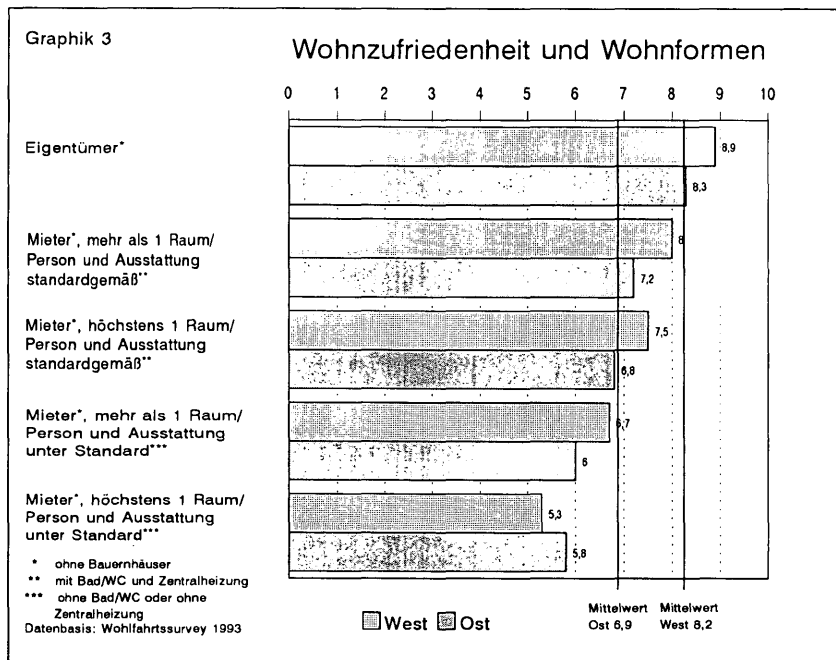
* Zufriedenheitsskala von 0 bis 10: „eher zufrieden“=6-10; „eher unzufrieden“=0-4.

** ohne Bauernhäuser

*** Untermiete und andere Wohnform

Datenbasis: Wohlfahrtssurvey 1993

Anmerkung: Zahlen in Klammer: N ≤10



Mieter, gegenüber 7 Prozent der Mieter in den alten Bundesländern, sind mit ihrer Wohnung unzufrieden. Bei der Bewertung der Wohnung spielt vermutlich eine Rolle, daß einerseits Renovierungs- und Sanierungsmaßnahmen dringend notwendig sind, und sich Versorgungsengpässe und steigende Mietbelastungen bemerkbar machen, sowie andererseits westdeutsche Wohnverhältnisse als Vergleichsmaßstab herangezogen werden. Dies führt zu einer großen Diskrepanz zwischen Wunsch und Wirklichkeit, die sich negativ auf die Wohnzufriedenheit auswirkt.

Geringere ostdeutsche Ansprüche an die Ausstattung und die Belegung

Die Zufriedenheit mit der Wohnung variiert ebenfalls mit deren Ausstattung. Wohnungen, die nach heutigem Standard mit einem Bad/WC und einer Zentralheizung ausgestattet sind, werden deutlich positiver bewertet als Wohnungen, die unter diesem Standard liegen. In den fünf neuen Bundesländern liegt die Wohnzufriedenheit mit 7,5 bei standardgemäßer Ausstattung erheblich über dem ostdeutschen Durchschnitt von 6,9 (Tabelle 2). Westdeutsche, die Wohnungen mit diesen Ausstattungsmerkmalen bewohnen, sind dagegen nur leicht überdurchschnittlich zufrieden. 17 Prozent der Ostdeutschen, die über keinen entsprechenden Ausstattungsstandard in ihrer Wohnung verfügen, sind damit eher unzufrieden. Dies trifft in glei-

chem Maße in den alten Bundesländern zu. Die Wohnzufriedenheit liegt dort sehr deutlich unter dem westdeutschen Durchschnitt. Eine standardgemäße Ausstattung wirkt sich in Ostdeutschland günstiger auf die Wohnzufriedenheit aus als in Westdeutschland, wo sie als selbstverständlich wahrgenommen wird. Eine Ausstattung unter Standard wird hier umso stärker als Defizit empfunden und kann zu einer deutlich geringeren Wohnzufriedenheit führen.

Die Wohnungsbelegungsichte stellt einen weiteren Indikator dar, der die Wohnzufriedenheit beeinflusst. Mit zunehmender Anzahl der zur Verfügung stehenden Wohnräume pro Person steigt die Wohnzufriedenheit kontinuierlich an (Tabelle 2). Die Wohnraumversorgung deutscher Haushalte scheint nicht mehr dem mittlerweile schon älteren Standard von „genau einem Wohnraum pro Bewohner“ zu entsprechen. Die durchschnittliche Wohnzufriedenheit liegt bei Bewohnern von Wohnungen mit genau einem Raum pro Person in Ostdeutschland mit 6,7 kaum, in Westdeutschland dagegen mit 7,7 deutlich unter dem jeweiligen Durchschnitt. Sowohl in den neuen wie auch in den alten Bundesländern wird erst bei einer Wohnraumversorgung von mehr als einem Wohnraum pro Person eine überdurchschnittliche Wohnzufriedenheit erreicht. Mit dem heutigen Standard von einem Wohnraum pro Bewohner zuzüg-

lich einem gemeinsam genutzten Raum gelangt man in Ostdeutschland deutlicher als in Westdeutschland an eine gewisse Sättigungsgrenze. Noch mehr Wohnraum erhöht die Zufriedenheit dort kaum noch. Diese Unterschiede lassen vermuten, daß sich in den alten Bundesländern höhere Mindeststandards bezüglich der zur Verfügung stehenden Wohnraumanzahl pro Person etabliert haben. Erste Hinweise darauf, daß sich eine Angleichung dieser westdeutschen Standards auch in den neuen Bundesländern durchsetzen wird, lassen sich schon seit 1990 im Ansatz erkennen.

Bei einer kombinierten Betrachtung der einzelnen Wohnmerkmale hat die Wohnform, neben der Wohnungsausstattung und der Belegungsichte, den stärksten Einfluß auf die Wohnzufriedenheit. Der Gruppe der Eigentümer mit einer überdurchschnittlichen Zufriedenheitsäußerung folgt die Gruppe der Mieter, die über mehr als einen Wohnraum und eine standardgemäße Ausstattung verfügen (Graphik 3). Diese vergleichsweise gut versorgte Mietergruppe befindet sich in den alten Bundesländern mit einer Wohnzufriedenheit von 8 schon unter dem westdeutschen Durchschnitt. In den neuen Bundesländern zeigt erst die Gruppe der Mieter, die in Wohnungen ohne Bad/WC oder ohne Zentralheizung, aber in nicht beengten Wohnverhältnissen lebt, eine deutlich unterdurchschnittliche Zufriedenheitseinstufung von 6 auf der 11-stufigen Skala. Am unteren Ende der Ausstattungsmerkmale und der Belegungsichte ist die geringste Wohnzufriedenheit zu beobachten, die in den neuen Bundesländern bei 5,8 und in den alten Bundesländern bei 5,3 liegt. Westdeutsche Mieter von unzureichend ausgestatteten und vergleichsweise beengten Wohnverhältnissen zeigen seit 1978 eine wachsende relative Unzufriedenheit. Mieter in den fünf neuen Bundesländern, die unter diesen insgesamt schlechten Wohnbedingungen leben, haben hierbei eine höhere Zufriedenheit als die vergleichbare Gruppe in den alten Bundesländern. Die Zufriedenheit ist dort sogar seit 1990 leicht gestiegen. Es scheint so, als ob sich ostdeutsche Mieter eher mit ungünstigen Wohnungsverhältnissen arrangieren könnten als Westdeutsche. Es kann vermutet werden, daß bei den sozialen Vergleichsprozessen neben den Wohnbedingungen der alten Bundesländer auch das konkrete ostdeutsche Umfeld mit herangezogen wird. Hier-

bei können sich andere Aspekte der Wohnbedingungen auch für die Bewohner von insgesamt schlecht ausgestatteten und beengten Mietverhältnissen günstiger darstellen als dies noch im Jahre 1990 der Fall war. Ein Umzug hätte heute beispielsweise zur Folge, daß die Mietpreisbindung in der neuen Wohnung wegfallen würde und somit mit einer deutlich höheren Mietbelastung zu rechnen wäre.

Stadt-Land Unterschiede bei der Zufriedenheit mit der Wohngegend

Die Zufriedenheit mit der Wohnung stellt nur einen Teilbereich der subjektiv wahrgenommenen Wohnqualität dar. Ein weiterer wichtiger Aspekt ist die Zufriedenheit mit der Wohngegend, die in den alten Bundesländern seit 1978 angestiegen ist und 1993 mit 8,2 auf der 11-stufigen Skala bewertet wurde (Graphik 4). Die durchschnittliche Zufriedenheit mit der Wohngegend befindet sich in Ostdeutschland mit 7,2 deutlich darunter. Der Zufriedenheitsunterschied zwischen Ost- und Westdeutschland bei der Bewertung der Wohngegend ist weniger stark ausgeprägt als bei der Bewertung der Wohnung selbst. In Dörfern, ländlichen Kleinstädten und in Vororten der Großstädte wird die Wohngegend sowohl in Ost- als auch in Westdeutschland überdurchschnittlich gut bewertet. Die höchste Zufriedenheit findet sich hierbei in beiden Teilen Deutschlands bei den Dorfbewohnern in Stadtnä-

he und in den alten Bundesländern zusätzlich bei Bewohnern von ländlichen Kleinstädten. Hier liegen die Werte mit 8,8 in Westdeutschland und 8,1 in den neuen Bundesländern deutlich über dem jeweiligen Durchschnitt. Dagegen bewerten ost- wie westdeutsche Bewohner von Großstädten ihre Wohngegend am schlechtesten, gefolgt von den Einwohnern sowohl der mittleren Städte mit viel Industrie als auch der industriellen Kleinstädte. Großstädter in den neuen Bundesländern bewerten ihre Wohngegend auf der 11-stufigen Zufriedenheitsskala mit 6,4 und in den alten Bundesländern mit 7,6. Die Beurteilung der Wohngegend variiert in Abhängigkeit von Art und Größe des Wohnortes in Ost- wie in Westdeutschland in ähnlichem Maße. Offenbar wirkt sich, wie nicht anders zu erwarten ist, ein hoher Industrialisierungsgrad negativ auf die Zufriedenheit mit der Wohngegend aus.

In den alten Bundesländern wird die Wohngegend in ländlichen Gebieten seit Jahren zunehmend besser und 1993 am höchsten bewertet. Ostdeutsche sind dagegen in Dörfern in Stadtnähe, in mittleren Städten mit wenig Industrie und in den Vororten der Großstädte mit der Wohngegend am zufriedensten. Die Bewohner von Vorstädten sind zwar noch immer überdurchschnittlich zufrieden mit der Wohngegend, jedoch ist diese Zufriedenheit analog der Zufriedenheit in der Großstadt seit 1990 deutlich gesunken.

Ein wichtiger Faktor für eine überdurchschnittliche ostdeutsche Zufriedenheit mit der Wohngegend scheint eine gewisse Nähe zu Städten zu sein. Ein Grund hierfür könnte die bessere Erreichbarkeit von wichtigen Infrastruktureinrichtungen sein. In den stadtfernen Gebieten sind diese durch die Zentralisierungsbestrebungen der ehemaligen DDR nicht vorhanden.

Stärkere Klage über Umweltbelastungen in den fünf neuen Bundesländern

Auch bei der Frage, über welche Umweltbelastungen sich die Bürger in ihrer unmittelbaren Umgebung beklagen, zeigen sich zwischen Ost- und Westdeutschland große Unterschiede (Tabelle 3). Beschwerden über Umweltbelastungen werden in den fünf neuen Bundesländern häufiger erhoben als in den alten Bundesländern. Dabei stehen Klagen über Lärmbelästigung und Luftverschmutzung mit knapp 30 Prozent in Ostdeutschland, gegenüber 23 beziehungsweise 21 Prozent in Westdeutschland an ersten Stelle. Jeder fünfte Ostdeutsche klagt über die mangelnde Reinheit des Leitungswassers, das für nur 13 Prozent der Westdeutschen ein Problem darstellt. Über einen Mangel an Zugang zu Grünflächen oder freier Natur klagen weniger als 10 Prozent der Westdeutschen, aber 15 Prozent der Bürger in den neuen Bundesländern.

Erwartungsgemäß variieren die unmittelbaren Belastungen der Wohnumwelt mit dem Typ des Wohnorts. Der Anteil der betroffenen Bürger steigt mit dem Industrialisierungsgrad und der Größe der Stadt an. Bewohner von Dörfern klagen deutlich seltener über die genannten Umweltbelastungen. Jedoch beanstandet jeder vierte Ostdeutsche, der im Dorf oder der ländlichen Kleinstadt lebt, Lärmbelastigungen. 25 Prozent der Einwohner ostdeutscher Dörfer in ländlicher Umgebung klagen über Luftverschmutzung sowie die mangelnde Reinheit des Leitungswassers. Über Lärmbelästigungen beklagen sich in den alten Bundesländern 30 Prozent der Bewohner von industriellen Klein-, mittleren und Großstädten. Darüber hinaus zeigt sich jeder dritte Ostdeutsche in industriellen Kleinstädten und Großstädten von Lärmbelastigungen betroffen. Mit zunehmender Größe der Städte werden erwartungsgemäß Grünflächen und der Zugang zur freien Natur vermisst. In mittleren Städten mit viel Industrie, sowie in Großstädten beklagen sich in den alten Bundesländern jeder

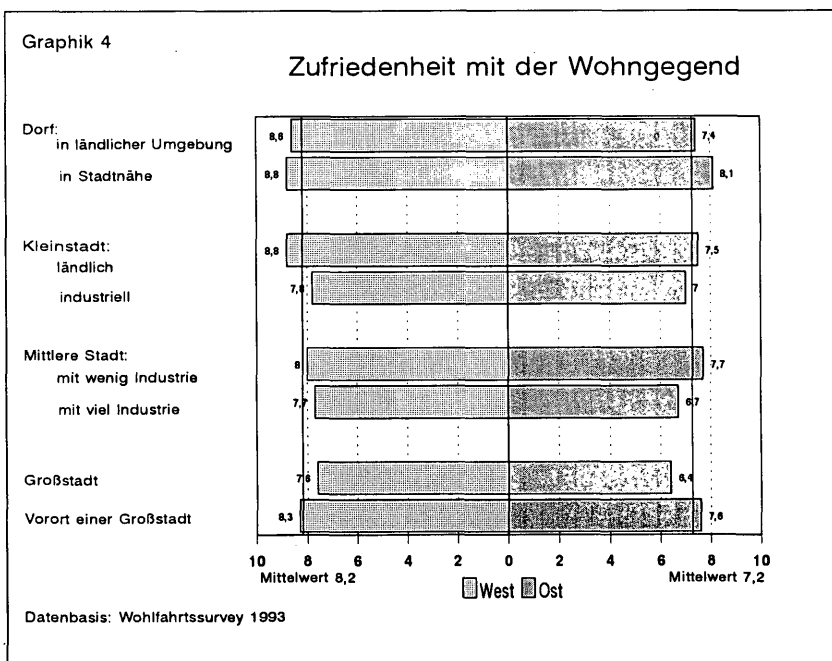


Tabelle 3: Wahrgenommene Umweltbelastungen am Wohnort und Zufriedenheit mit der Wohngegend in Ost- und Westdeutschland

	Es haben Grund zur Klage* über ...				
	Lärm	Luftverschmutzung	Mangel an Grünflächen	Landschaftszerstörung	Leitungswasserreinheit
	in %				
Insgesamt					
West	23	21	9	13	13
Ost	29	28	15	18	21
Dorf in ländlicher Umgebung					
West	11	9	(2)	5	8
Ost	25	26	6	13	24
Dorf in Stadtnähe					
West	20	14	6	7	12
Ost	25	17	(8)	15	15
Ländliche Kleinstadt					
West	14	10	4	12	16
Ost	26	24	12	12	12
Industrielle Kleinstadt					
West	29	30	11	17	16
Ost	34	32	15	20	26
Mittlere Stadt mit wenig Industrie					
West	28	17	(4)	10	13
Ost	25	20	19	23	(13)
Mittlere Stadt mit viel Industrie					
West	31	27	21	16	8
Ost	27	42	(23)	32	14
Großstadt					
West	30	37	17	20	14
Ost	36	36	23	21	27
Vorort einer Großstadt					
West	20	19	(2)	13	17
Ost	(25)	(23)	(6)	(9)	(26)
Durchschnittliche Zufriedenheit mit der Wohngegend					
West	6,8	7,1	6,9	6,9	7,9
Ost	6,4	6,4	5,5	5,9	6,4

* Frage: „Denken Sie einmal an den Ort, wo Sie jetzt leben - ich meine an die unmittelbare Umgebung Ihrer Wohnung. Haben Sie bei den folgenden Dingen, die ich Ihnen gleich vorlese, sehr stark, ziemlich stark, weniger stark oder gar keinen Grund zur Klage?“ Angegeben ist jeweils der Anteil der Befragten, die die Antwortkategorie „Sehr stark“ oder „Ziemlich stark“ wählen.

Datenbasis: Wohlfahrtssurvey 1993

Anmerkung: Zahlen in Klammer: N ≤ 10

Fünfte und in den neuen Bundesländern fast jeder Vierte über mangelnde Grünflächen. Die Verunreinigung des Leitungswassers wird in deutlich stärkerem Maße als in den alten Bundesländern von jedem fünften Ostdeutschen beanstandet. Diese konkreten Umweltbelastungen, die von der Bevölkerung mit einer zuneh-

menden Sensibilität wahrgenommen werden, beeinflussen die subjektive Wohnqualität. In beiden Teilen Deutschlands zeigt sich, daß Bürger, die über solche Umweltbelastungen klagen, mit ihrer Wohngegend weniger zufrieden sind. Lärmbelästigung und der Mangel an Zugang zu Grünflächen und zu freier Natur

beeinträchtigen, sowohl in West- als auch in Ostdeutschland, die Zufriedenheit mit der Wohngegend am stärksten. Die mangelnde Reinheit des Leitungswassers führt in den neuen Bundesländern deutlich stärker als in Westdeutschland zu einer geringeren Zufriedenheit mit der Wohngegend.

Großer Aufholbedarf der ostdeutschen Defizite

Indikatoren der objektiven Lebensbedingungen und der subjektiv wahrgenommenen Lebensqualität lassen die regionalen Disparitäten zwischen Ost- und Westdeutschland deutlich erkennen. Betrachtet wurden zentrale Indikatoren der Wohnbedingungen und der Wohnzufriedenheit. Hierbei sind eklatante Unterschiede bei der Wohnungsversorgung und der Wohnqualität, sowie eine geringere Zufriedenheit der ostdeutschen Bürger mit der Wohnung und der Wohngegend festzustellen. In den alten Bundesländern haben sich die objektiven Wohnbedingungen und die subjektiv wahrgenommene

Wohnqualität über einen langen Zeitraum kontinuierlich verbessert. Die Situation der Wohnbedingungen in den fünf neuen Bundesländern läßt sich mit dem Stand der ehemaligen BRD in den 70'er Jahren vergleichen. Bei der Beurteilung der Wohnqualität spielen jedoch neben den objektiven Wohnbedingungen und den Wünschen der Bürger auch Vergleichsprozesse eine Rolle. Es bleibt abzuwarten, wie schnell der Transformationsprozeß in Ostdeutschland vorankommt, und ob Defizite bei der Wohnraumversorgung, der Wohnausstattung oder der Wohngegend auch weiterhin durch beispielsweise geringere Mietbelastungen kompensiert werden können.

*Helmut Schröder
(Tel.: 0621/1246-246)*

Jahrestagung der Sektion Sozialindikatoren 1993

Am 11. November 1993 fand die Jahrestagung der Sektion „Sozialindikatoren“ der Deutschen Gesellschaft für Soziologie auf Einladung des Amtsleiters Wolfgang Bick im Frankfurter Amt für Statistik, Wahlen und Einwohnerwesen statt. Der Sektionssprecher Wolfgang Glatzer (Frankfurt) begrüßte die 25 Teilnehmer und informierte über Aktivitäten der Sektion. Wolfgang Glatzer berichtete kurz über die letzte Sektionsveranstaltung auf dem Düsseldorfer Soziologentag, und wies besonders auf den inzwischen erschienenen Tagungsband mit dem Titel „Einstellungen und Lebensbedingungen in Europa“ hin.

Im Mittelpunkt der Veranstaltung standen verschiedene Berichte über laufende Forschungsvorhaben. Zunächst referierte Ferdinand Böltken (Bonn) über den Stand der laufenden Raumbewertung der Bundesforschungsanstalt für Landeskunde und Raumordnung (BfLR), die sich auf Unterschiede in den regionalen Lebensverhältnissen in der Bundesrepublik Deutschland konzentriert. Wolfgang Meyer (Chemnitz) stellte das Projekt „Private Lebensführung“ der Kommission für die Erforschung des sozialen und politischen Wandels in den neuen Bundesländern (KSPW) vor. Hierzu wurden 7 Regionen in den fünf neuen Bundesländern ausgewählt, für die ein umfassendes regionales Berichtswesen aufgebaut werden soll. Die

Statistik des Haushaltsbudgets war Gegenstand des Vortrags von Margot Münichs (Berlin). Die Datengrundlage bildete eine in der ehemaligen DDR und in den neuen Bundesländern regelmäßig durchgeführte Erhebung, die entsprechend der Statistikanpassungsverordnung Ende 1992 eingestellt wurde.

Heinz-Herbert Noll (Mannheim) und Roland Habich (Berlin) berichteten über das DFG-Projekt „Wohlfahrtsentwicklung im vereinten Deutschland - Wohlfahrtssurvey 1993“ und stellten erste Ergebnisse dieses bisher sechsten Wohlfahrtssurveys vor. Jürgen Schupp (Berlin) informierte über den aktuellen Stand und die zukünftigen Planungen des Sozioökonomischen Panels, das seit 1984 jährlich durchgeführt wird und sich inzwischen in der 10. Welle befindet.

Brigitte Steinert und Angelika Schade (Frankfurt) referierten über das Projekt „Bildungsindikatoren und Bildungsberichterstattung“, das eine Systematisierung von Bildungsinformationen für den internationalen Vergleich zum Ziel hat. Im abschließenden Vortrag von Peter Bartelheimer und Thomas von Freyberg (Frankfurt) wurde über Möglichkeiten und Probleme der kommunalen Armutsberichterstattung am Beispiel der Stadt Frankfurt berichtet.

Neben diesen Berichten über laufende

Projekte standen verschiedene Aktivitäten der Sektion im Jahr 1994 zur Diskussion. Das endgültige Programm der Tagung über „Wandel der Lebensverhältnisse im vereinten Deutschland - Ungleichheit und Angleichung“ in Berlin unter der Leitung der Sektion Sozialindikatoren in Zusammenarbeit mit der KSPW sowie der Arbeitsgruppe Sozialberichterstattung am Wissenschaftszentrum Berlin (WZB) wurde vorgestellt. Die Working Group „Social Indicators“ der International Sociological Association (ISA) wird sich auf dem Weltkongreß für Soziologie in Bielefeld mit einem umfangreichen Programm zur Thematik „Directions of Social Change and Quality of Life“ beteiligen. Darüber hinaus wurde in einem kurzen Ausblick auf das Jahr 1995 über den Beitrag der Sektion zum Soziologentag in Halle diskutiert.

*Helmut Schröder
(Tel.: 06 21/12 46-246)*

Where We Stand

- Ein informatives Bilderbuch -

„Where We Stand“ gehört nicht zum Genre der herkömmlichen Social Reports, wie sie in vielen Ländern, von Regierungen, Statistischen Ämtern, Sozialwissenschaftlern oder auch supranationalen Organisationen publiziert werden. „Where We Stand“ ist eine Publikation der Journalisten Michael Wolff, Peter Rutten und Albert F. Bayers III, die es sich zum Ziel gesetzt haben, mit einer Fülle von knapp kommentierten international vergleichenden Schaubildern und Graphiken eine Standortbestimmung der USA im Kreis der „country club nations“, der Mitgliedsländer der OECD, vorzunehmen. Die Antwort auf die Frage „Can America make it in the Global Race for Wealth, Health, and Happiness?“ ist für viele Amerikaner heute keineswegs mehr so selbstverständlich wie sie es einmal war. „For many of us“ - so heißt es im Vorwort - „there exists the unnerving possibility that our lives might be richer and better if our immigrant grandparents had stayed where they were born“.

Die Autoren nennen ihr Buch ein Bilderbuch, weil sie bei der Standortbestim-